

Kritik an geplanter Asylreform

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Bodensee informierte gestern im Aufnahmezentrum für Flüchtlinge in Vaduz über die Flüchtlingssituation in seinen Mitgliedsländern. Dabei wurde auch die geplante Asylreform Liechtensteins kritisiert.

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. Seit 14 Jahren besteht der Interregionale Gewerkschaftsrat Bodensee (IGR), dem der liechtensteinische ArbeitnehmerInnen-Verband (LANV) seit 2008 angehört. Der Gewerkschaftsrat fördert die Zusammenarbeit von Gewerkschaftern aus den vier Mitgliedsländern. Gestern informierte der IGR in Vaduz über die Flüchtlingssituation und stellte eine Resolution vor, welche die Integration der Flüchtlinge in die Arbeitswelt beschleunigen soll und sich für eine rasche, gesamt-europäische Lösung der Flüchtlingsproblematik ausspricht. Dazu schilderten die Gewerkschaftsvertreter die Situation in ihren jeweiligen Herkunftsländern. Dabei wurde schnell klar: so unterschiedlich die Situationen auch sind, die Herausforderungen sind sich sehr ähnlich.

Spezialfall Liechtenstein

Zwar war auch in Liechtenstein die angespannte Flüchtlingssituation spürbar, dennoch unterscheidet sich die Situation in zwei Punkten von den anderen Ländern. Von den sich in Liechtenstein befindlichen Flüchtlingen stamme nämlich niemand aus Syrien. «Die beiden grössten Gruppen kommen aus Somalia und Tibet. Die drittgrösste Gruppe stammt aus Serbien», schilderte Thomas Lendi, Geschäftsführer der Flüchtlingshilfe Liechtenstein. «In Liechtenstein werden derzeit 119 Personen durch die Flüchtlingshilfe betreut», so Lendi weiter. Dies sei aufgrund der unterschiedlichen Herkunftskulturen der Flüchtlinge eine spezielle Herausforderung. Dennoch bleibe die grundlegende Thematik die gleiche wie in anderen Ländern: «Die Flüchtlinge möglichst schnell in die Sprache Deutsch und in den Arbeitsmarkt einzuführen.»

Obwohl in Liechtenstein – als zweiter grosser Unterschied zu den anderen Ländern – Flücht-



Norbert Loacker, Präsident der IGR Bodensee, Jens Liedtke, Sigi Langenbahn, Präsident LANV, Thomas Lendi, Geschäftsführer Flüchtlingshilfe Liechtenstein, und Selina Tribbia stellten ihre gemeinsame Resolution vor.

linge ab dem ersten Tag einer Arbeit nachgehen können, sei es aufgrund fehlender Angebote und häufig mangelnder Deutschkenntnisse nicht immer einfach, eine entsprechende Stelle zu vermitteln. Deshalb werden den Flüchtlingen in Vaduz Deutschkurse angeboten. Ausserdem wird ihnen die Kultur der Region – aber auch die der anderen Flüchtlingsheimbewohner – nähergebracht, damit ein gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden kann und Konflikte im Aufnahmezentrum vermieden werden können.

Beschleunigte Verfahren kritisiert

Sigi Langenbahn, Präsident des LANV, kam auf die Pläne der Regierung zu sprechen, dass Asyl-

gesuche, welche von Menschen gestellt werden, deren Herkunftsländer als relativ sicher gelten, teilweise ohne weitere Prüfung abgelehnt werden können. «Grundsätzlich begrüßen wir beschleunigte Asylverfahren», sagte Langenbahn. Der LANV bekundete jedoch Sorge am Umstand, dass die geplanten Massnahmen und Änderungen zu weit gehen. «Unserer Ansicht nach verstossen die Massnahmen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention», sagte Langenbahn. Trotz der Problematik, die durch die Flüchtlingskrise entstanden sei, sei es wichtig, dass Personen, welche aufgrund ihrer Herkunft, Sexualität, politischen Überzeugung oder ihres Geschlechts verfolgt werden, um Asyl ansuchen können und

dieses Gesuch auch Beachtung findet.

Zu wenig freie Stellen

Neben der Sprachbarriere seien die wenigen freien Stellen häufig ebenfalls ein Hindernis, dass Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Erschwerend komme hinzu, dass über die Ausbildung der Flüchtlinge – sofern diese eine absolviert haben – häufig nur wenig Informationen vorhanden sind. Auf dem Weg nach Vaduz konnte Selina Tribbia, Vertreterin der schweizerischen Gewerkschaft syna, ein solches Beispiel hautnah miterleben. «Der Mann, welcher die Minibar im Zug bediente, war in seinem Herkunftsland als Rechtsanwalt

tätig», sagte Tribbia. Wenn Flüchtlingen mit höherer Ausbildung erlaubt wird, ihrem Beruf nachzugehen und sich zu spezialisieren, könnte der in einigen Berufen herrschende oder durch die Masseneinwanderungsinitiative kommende Fachkräftemangel abgeschwächt werden. «Die Masseneinwanderungsinitiative könnte sich positiv auf die Arbeitsmarktsituation der Flüchtlinge auswirken», sagte Tribbia.

Die Resolution des IGR Bodensee bekenne sich kompromisslos zum Menschenrecht auf Asyl, dieses sei unteil- und unverletzbar und daher unabhängig von Religion, Geschlecht oder Herkunftsland zu gewähren, betonten die Gewerkschaftsvertreter.

Abstimmung: Heisse Phase beginnt

VADUZ. Am 18. September wird über die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer abgestimmt. Die Initiative fordert, dass die Finanzierung der Kitas durch ein Gesetz geregelt und das Mutterschaftstaggeld künftig von der Familienausgleichskasse entrichtet wird. Am nächsten Montag wird die Wirtschaftskammer die Medien über ihre Abstimmungskampagne informieren. Am Dienstag wird der Parteivorstand der VU über die Initiative beraten und eine Abstimmungsparole fassen. Für den Donnerstag lädt die Freie Liste (FL) zu einer Diskussionsrunde über die Initiative. Im Anschluss will sie ihre Mitglieder auch über eine Parole abstimmen lassen.

Im Landtag umstritten

Im Juni-Landtag war die Initiative umstritten. Nur 13 Abgeordnete haben der Initiative zugestimmt. Die Mehrheit der Abgeordneten der VU (6 Stimmen) und die gesamte Fraktion der Freien Liste (3 Stimmen) haben sich für den Vorstoss ausgesprochen. Dazu kamen noch drei Stimmen der FBP. Schon im Landtag gegen die Initiative ausgesprochen hat sich die Fraktion der Unabhängigen (4 Stimmen). Dazu kam eine ablehnende Haltung einer Mehrheit der FBP-Fraktion (6 Stimmen) und zwei Neinstimmen aus der VU.

Abstimmungsparolen noch offen

Wie die Abstimmungsparolen in den verschiedenen Parteigremien ausfallen werden, ist noch offen. Am schwersten wird sich, nach der Diskussion im Landtag, damit die FBP tun. Sie wird allenfalls den Ausweg über eine Stimmungsfreigabe suchen. Bei der VU und der FL geht die Tendenz in Richtung einer Ja-Parole. Einzig die Unabhängigen (DU) haben sich in ihrer jüngsten Ausgabe ihres Publikationsorgans «Hoi Du» bereits deutlich für ein Nein ausgesprochen. (sap)

POLIZEIMELDUNG

Sechs Autos in zwei Kollisionen verwickelt

SCHAANWALD/NENDELN. In Schaanwald und Nendeln kam es am Mittwoch zu je einem Verkehrsunfall, wobei sich eine Person verletzte. In Schaanwald fuhr um ca. 14.25 Uhr ein Autolenker auf der Vorarlbergerstrasse in nördliche Richtung, als er das verkehrsbedingte Anhalten der beiden vor ihm fahrenden Fahrzeuge nicht bemerkte. In der Folge prallte er gegen das Auto vor ihm, welches wiederum in das vorderste geschoben wurde. Verletzt wurde niemand, an allen drei Fahrzeugen entstand Sachschaden. Kurze Zeit später, um 16 Uhr, fuhr in Nendeln eine Autolenkerin auf der Churer Strasse in nördliche Richtung. Bei einer Lichtsignalanlage bemerkte sie zu spät, dass das Auto vor ihr bremsen musste, und kollidierte mit diesem. Aufgrund der starken Kollision wurde der Personenwagen in das vor ihm stehende Fahrzeug geschoben. Die Lenkerin verletzte sich und musste mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht werden. An zwei Autos entstand grosser Sachschaden. (lpf)



FBP: Regierungskandidaten nominiert - keine Überraschung

VADUZ. Der Landesvorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei hat anlässlich seiner gestrigen Sitzung Adrian Hasler als Kandidat für das Amt des Regierungschefs, Aurelia Frick als Regierungsratskandidatin und Mauro Pedrazzini als Regierungsratskandidat zuhanden des Parteitag nominiert. Das hat die FBP gestern mittels Medienmitteilung bestätigt.

Deutliches Votum

Alle drei bestehenden FBP-Regierungsglieder stellen sich damit erneut für eine Wahl zur Verfügung, was keine wirkliche grosse Überraschung ist. Die Mitglieder des Landesvorstands hätten mit diesem deutlichen Votum die hervorragende und erfolgreiche bisherige Arbeit in der laufenden Legislaturperiode gewürdigt. Sowohl Adrian Hasler als auch Mauro Pedrazzini und Aurelia Frick hätten bewiesen, dass sie heisse Eisen anzupacken bereit seien und dabei das Wohl des Landes und der zukünftigen Generationen stets über kurzfristige und wahltaktische Erfolge

stellen würden, heisst es in der Mitteilung weiter.

Aurelia Frick am längsten dabei

Der Landesvorstand der Bürgerpartei unterstreiche mit der Nominierung klar, dass in der heutigen schnelllebigen, unbeständigen und vielerorts unsicheren Zeit die Eigenschaften Erfahrung und Kompetenz sowie bestehende grosse nationale und internationale Netzwerke zentral seien, um Liechtenstein in den kommenden Jahren erfolgreich zu gestalten. «Sowohl Präsidium als auch Landesvorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei freuen sich sehr über die Bereitschaft von Adrian Hasler, Aurelia Frick und Mauro Pedrazzini, für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen.»

Adrian Hasler übt das Amt des Regierungschefs seit März 2013 aus. Mauro Pedrazzini ist ebenfalls seit 2013 im Amt und zuständig für das Amt des Ministeriums. Für Aurelia Frick wäre es die dritte Amtsperiode: Sie ist bereits seit 2009 Mitglied der Regierung. (pd/dv)



Die Regierungskandidaten der FBP sind dieselben wie vor vier Jahren. Damals wurden Aurelia Frick, Adrian Hasler und Mauro Pedrazzini (v. l.) noch Altparteipräsident Alexander Batliner (2. v. r.) in Vaduz vorgestellt.

Bild: Archiv